

I1 Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Gremium: LAG Frauen- und Gleichstellungspolitik

Beschlussdatum: 25.06.2020

1 Die Corona-Krise lässt uns die Verhältnisse in unserem Land wie unter einem
2 Brennglas sehen und vieles spricht dafür, dass Corona „weiblich“ ist. Wir
3 sollten dieses Zeitfenster nutzen, damit ‚systemrelevant‘ kein Lippenbekenntnis
4 bleibt.

5 Und genau mit diesen systemrelevanten Berufen, die wir auch in einer Phase
6 absoluten Stillstands wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens benötigen,
7 müssen wir beginnen. Es hat sich gezeigt, dass in diesen Berufen mehrheitlich
8 Frauen tätig sind: Das betrifft den Lebensmitteleinzelhandel, die Krankenhäuser,
9 Kindergärten oder Vorschulen. In einem durchschnittlichen deutschen Krankenhaus
10 sind mehr als drei Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
11 weiblich. In der Krise haben diese Frauen weiterhin Arbeit und Einkommen,
12 allerdings auch weniger Schutz vor Ansteckung als der Rest der Bevölkerung.

13 Nicht nur im Beruf, auch zuhause halten Frauen häufig den Haushalt zusammen. Oft
14 fallen Eltern durch die Krisensituation in traditionelle Rollenmuster zurück.
15 Frauen sind es dann, die sich um die Kinder kümmern, während die Schulen und
16 Kitas und Horte geschlossen sind. Besonders betroffen sind dabei Ein-Eltern-
17 Familien. Extreme Belastungen entstehen für diese zusätzlich durch befristete
18 Arbeitsverträge. Sie sind besonders oft in ohnehin prekären
19 Beschäftigungsverhältnissen und mit der Sorge der Unwägbarkeiten
20 krankheitsbedingter Ausfälle unter extremem Druck.

21 Aber es gibt auch den entgegengesetzten Trend: Manche Familien berichten, dass
22 die neue Klassifizierung eines traditionellen Frauenberufs (z.B. KassiererIn)
23 auch Veränderungen in der Partnerschaft und im Familienleben gebracht hat.
24 Partner*innen fanden sich in ungewohnter Rolle und mussten das Familienleben
25 zuhause einige Wochen „hauptamtlich“ gestalten.

Frauen nutzen Chancen, die in der Krisensituation stecken

27 Wichtig ist, dass wir jetzt Weichen dafür stellen, dass Frauen gestärkt und
28 nicht als Verliererinnen aus der COVID19-Krise hervorgehen. Das ist keineswegs

29 selbstverständlich, betrachtet man nur die Expert*innen oder eher gesagt
30 Experten der aktuellen Situation. Es dominieren Männer als Politiker und
31 Wissenschaftler bei der Einordnung und Bearbeitung der Covid-19-Pandemie. Dabei
32 gibt es genügend Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen. Wo sind darüber hinaus
33 die Pflegerinnen, Krankenschwestern, pädagogischen Fachkräfte,
34 Jugendamtsmitarbeiterinnen, Friseurinnen und Supermarktkassiererinnen in den
35 Talkshows, die von ihren Herausforderungen und Erfahrungen berichten und ihre
36 Forderungen für ein besseres Arbeiten formulieren? Wir wollen, dass am Ende mehr
37 als ein Klatschen für Frauen herausspringt, wir fordern tatsächliche
38 Verbesserungen ein:

- 39 • Frauenstreik – Nach der Überwindung der akuten Corona-Notsituation rufen
40 wir zu einem landesweiten Streik nach dem Muster Spaniens auf.
41 (Frauenstreik 2018 unter dem Motto „Wenn die Frauen streiken, steht die
42 Welt still“.) Auch Frauen in Bayern gehen nach dieser Krise nicht kampflös
43 in die alte Situation zurück.
- 44 • Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro – gerade Frauen arbeiten zu zwei
45 Dritteln im Bereich der prekären Beschäftigung und im Niedriglohnssektor
- 46 • Eine klare Neuordnung der Gehälter nach dem Modell des „Comparable Worth
47 Index“ u.a. entwickelt von Ute Klammer (Universität Duisburg).
48 Traditionelle Frauenberufe bzw. Berufe in denen überwiegend Frauen
49 arbeiten werden in unserem gesellschaftlichen System schlechter bezahlt
50 als ähnlich fordernde Berufe mit hohem Männeranteil. Jobs sollen demnach
51 gemäß Verantwortung und nicht nach Image bezahlt werden. Menschen und das
52 Knowhow in den Köpfen sind wichtiger als Produkte. Das sollte das Motto des
53 nächsten Equal Pay Days 2021 werden.
- 54 • Das Entgelttransparenzgesetz und die Begrenzung auf Unternehmen ab einer
55 gewissen Größe hat sich als nicht zielführend herausgestellt. Dieses muss
56 daher auch auf kleinere Unternehmen erweitert werden. Wir fordern in
57 diesem Zusammenhang daher auch die proaktive Veröffentlichung von
58 Durchschnittsgehältern eines Unternehmens.
- 59 • Die systemrelevanten Bereiche müssen stärker in die Tarifbindung genommen
60 werden. Wir werben bei Arbeitnehmer*innen für eine stärkere
61 gewerkschaftliche Organisation, denn nur so wird die Aufwertung von Jobs
62 gelingen. Mit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) kann das
63 Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Tarifvertrag für alle
64 nicht tarifgebundenen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen einer
65 Branche für allgemeinverbindlich erklären. Wir unterstützen die Forderung
66 des DGB, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärung im Tarifausschuss nur
67 mit Mehrheit abgelehnt werden kann, statt dass wie bisher mehrheitlich
68 zugestimmt werden muss.

- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- In der Pflegebranche geht es sowohl um das Gehalt als auch die Arbeitsbedingungen, ein einmaliger Corona-Bonus reicht nicht, sondern die krisenbedingte Aufwertung muss langfristig beibehalten werden. Wir brauchen daher einen Personalschlüssel und Dienstpläne, die der einzelnen Pflegekraft auch feste freie Tage und Planbarkeit ermöglichen. Darüber hinaus ist es auch hier an der Zeit, nicht nur einen einmaligen Corona-Bonus auszuzahlen, sondern die Gehälter aufzuwerten.
- 76
- 77
- 78
- 79
- Auch die in privaten Haushalten beschäftigten Pflegekräfte sind systemrelevant. Es kann nicht sein, dass Spargelstecher*innen für die Landwirtschaft eingeflogen werden, aber Familien und insbesondere Frauen, deren Pflegekräfte nicht einreisen dürfen, alleingelassen werden.
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- In den Bereichen von Familien- und Jugend- sowie Eingliederungshilfe, Assistenzleistungen und existenzsichernden Diensten werden in erheblichem Maß individuelles Leid und enorme Folgekosten für die Gesellschaft abgewendet: Die Refinanzierung dieser Hilfen muss krisensicher gestaltet werden: Eine Kürzung dieser Leistungen lehnen wir ab.
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- Die Chancen des Home-Office sollten wir für die Zukunft nutzen: Viele Arbeitgeber*innen haben nun die Erfahrung gemacht, dass es geht und sie ihren Mitarbeiter*innen vertrauen können. Wir unterstützen daher ein Recht auf Home-Office. Zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit darf dies aber nicht führen. Home-Office kann auch Kinderbetreuung nicht ersetzen oder parallel neben Familienaufgaben erledigt werden. Hierbei muss auch die Ausstattung der Arbeitsplätze so gestaltet sein, dass auch und gerade in Krisenzeiten die Arbeitserbringung sichergestellt ist.
- 93
- 94
- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- Wir wollen eine gesellschaftliche Debatte darüber, welche Maßnahmen geeignet sind, um das Verständnis für soziale und systemrelevante Berufe zu erhöhen. Es muss z.B. evaluiert werden, wie sich die Gesellschaft nach dem Ende des Zivildienstes und mit dem Bundesfreiwilligendienst entwickelt hat. Wie viele Menschen nehmen den Bundesfreiwilligendienst wahr? Je nach Ergebnis kann ein Solidardienst (z.B. sechs Monate) für junge Menschen diskutiert werden. Dabei ist für uns klar, dass der Bundesfreiwilligendienst nicht als Ersatz für qualifizierte Arbeitnehmer*innen im Care-Bereich gesehen werden darf.
- 102
- 103
- 104
- 105
- 106
- Auch für Politiker*innen wird eine jährliche Praxiswoche in der Pflege, dem Krankenhaus, dem Handwerk oder der Landwirtschaft oder anderen systemrelevanten Bereichen empfohlen. Der Bayerische Landesverband der Grünen ruft seine Mandatsträger*innen aus Bund und Land zur konzertierten Praxiswoche auf.

Unterstützer*innen

Barbara Poneleit (KV Forchheim), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Maria Regina Feckl (KV Erding), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Volker Poneleit (KV Forchheim), Norbert Waibel (KV München), Doris Wagner (KV München), Alexander Merkouris (KV Ingolstadt), Susanna Scherer (KV Aschaffenburg-Land), Heike Dietrich (KV Weilheim-Schongau), Barbara Fuchs (KV Fürth-Stadt), Katharina Wittig (KV München), Uschi Sorg (KV Weilheim-Schongau), Lisa Badum (KV Forchheim), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Judith Bogner (KV Mühldorf), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Doris Kienle (KV Unterallgäu), Catherine Lodge (KV München), Ami Lanzinger (KV Erding), Victoria Broßart (KV Rosenheim), Sophia Aigner (KV Mühldorf), Oliver Haas (KV München), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Marion Lüttig (KV München)

I2 Was jetzt zu tun ist - Von der Corona-Krise in die sozial-ökologische Zukunft Bayerns

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 07.07.2020

1 Die Corona-Pandemie führt uns die Störanfälligkeit unserer globalisierten
2 Gesellschaft vor Augen. Die Systeme zur Sicherung unseres Wohlergehens und
3 unserer Gesundheit sind brüchig und unser nationales Handeln ist angesichts
4 internationaler Krisen begrenzt. Der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen
5 durch deren Übernutzung, Verschmutzung und die Verkleinerung natürlicher
6 Lebensräume schreitet dramatisch fort. Soziale Ungleichheit und ein
7 Bildungssystem, das diese noch verschärft, treten in der Krise noch deutlicher
8 hervor, ebenso wie eine schwache soziale Infrastruktur und ungleiche
9 demokratische Teilhabechancen, in deren Folge in einer zunehmend polarisierten
10 Gesellschaft der Populismus wächst. Wie durch ein Brennglas zeigt uns die
11 Corona-Pandemie die Schwachstellen derzeitiger Politik.

12 Corona fokussiert nicht nur den Blick, die Krise kann auch als „Game-Changer“
13 wirken: Phasen mit Krisenschocks wie diesem können dazu beitragen,
14 Reformwiderstände zu überwinden und Pfadwechsel einzuleiten. Dieses Umdenken ist
15 eine Frage des politischen Willens und von Tatkraft – deshalb stehen wir in den
16 kommenden Monaten vor der Wahl: Schreiben wir diese alte Politik, die alte
17 Brüchigkeit, die alte Überbeanspruchung der Ressourcen, die alten Ungleichheiten
18 fort? Oder lernen wir aus der Krise und treiben wir jetzt beherzt die nötigen
19 Veränderungen für eine nachhaltigere und gerechtere Gesellschaft voran?

20 Die Bayerischen GRÜNEN wollen mit ganzer Kraft die Zukunft Bayerns nachhaltig
21 und gerecht gestalten. Als Taktgeber*innen der bayerischen Landespolitik wissen
22 wir: Der Schutz unserer Lebensgrundlagen, die ökologische Umgestaltung der
23 Wirtschaft und ein gutes soziales Miteinander können gelingen. wenn wir alles
24 zusammendenken und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns den Wandel
25 anpacken.

Bausteine für eine gute Zukunft Bayerns

Ja zu einem starken Sozialstaat

28 Die Herausforderung kommt von zwei Seiten. Zum einen vertieft die Corona-Krise

29 bestehende Ungleichheiten, schafft neue und stellt den gesellschaftlichen
30 Zusammenhalt auf die Probe. Zum anderen muss sichergestellt sein, dass niemand
31 beim Umbau unserer Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit abgehängt wird, dass sich
32 alle angstfrei am Wandel beteiligen können. Wer Corona bekämpfen, Zusammenhalt
33 und Solidarität für alle Menschen ermöglichen und die ökologische Umgestaltung
34 unserer Wirtschaft voranbringen will, muss soziale Ungleichheit verringern.

35 In einer Zeit großer und wachsender Unsicherheiten brauchen wir einen starken
36 vorsorgenden Sozialstaat, der die gerechte Verteilung von gesellschaftlichen
37 Gütern garantiert. Die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte, von
38 Menschen, die aufgrund ihrer Religion, sexuellen Orientierung oder Hautfarbe
39 diskriminiert werden, von Menschen mit Behinderung und von all jenen, die von
40 Armut bedroht sind, verdienen unsere besondere Beachtung. Gerade finanziell
41 benachteiligte Familien brauchen deutlich mehr Unterstützung durch
42 Schulsozialarbeit, Nachbeschulung und digitale Ausstattung für den Unterricht
43 zuhause. Beengte Gemeinschaftsunterkünfte, sei es für Obdachlose, Geflüchtete
44 oder prekär beschäftigte Saisonarbeiter*innen, waren schon vor Corona
45 menschenunwürdig und sind es nicht erst durch das Ansteckungsrisiko mit dem
46 Corona-Virus geworden. Wir müssen hin zu menschenwürdigem Leben und Wohnen in
47 einzelnen, dezentralen Einheiten. Wie sehr wir alle von Erzieher*innen,
48 Verkäufer*innen und speziell von Menschen in den Gesundheitsberufen abhängen,
49 wurde in der Krise deutlich. Wir setzen uns dafür ein, dass die
50 Arbeitsbedingungen in diesen systemrelevanten Berufen endlich verbessert werden
51 und sie auch tatsächlich langfristig besser bezahlt werden, z.B. durch die
52 Verstetigung des Pflegebonus für die nächsten zehn Jahre. Wir wollen Existenzen
53 von Soloselbständigen und Kleinunternehmer*innen in der Krise sichern.
54 Unternehmenshilfen müssen auch gesellschaftliches Steuerungselement in Richtung
55 gute Arbeit, Ausbildung, Gleichstellung, Barrierefreiheit und Beteiligungsrechte
56 sein.

57 Frauen trifft die Krise besonders hart: Der Großteil der Arbeit in den
58 systemrelevanten Branchen wird von Frauen geleistet. Meist sind es Frauen, die
59 aufgrund von Teilzeitarbeit oder Minijobs schlecht abgesichert sind und es sind
60 vorwiegend die Frauen, die mit der eingeschränkten Öffnung von Schulen und Kitas
61 ihre Jobs zurückfahren und zu Hause die Care-Arbeit, Pflege, Haushalt und
62 Erziehung übernehmen. Mit den Bayerischen GRÜNEN wird es kein Rollback zu längst
63 überwunden geglaubten Rollenbilder geben, sondern einen geschlechtergerechten
64 Aufbruch. Bayern braucht mehr Frauen auf allen Entscheidungsebenen, insbesondere
65 im Krisenmanagement. Wir setzen uns ein für mehr Maßnahmen, die Frauen stärken -
66 von einer Quotierung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt über den Ausbau
67 von Betreuungsinfrastruktur bis hin zu Programmen, die im Bildungsbereich
68 ansetzen.

69 Globale Krisen und Naturkatastrophen sind in einer globalisierten Welt(-
70 wirtschaft) nicht der Ausnahmezustand, sondern die Regel. Spätestens durch die
71 Corona-Pandemie wird klar, dass Vorsorge und Krisenfestigkeit einen viel höheren

72 Stellenwert bekommen müssen. Deshalb müssen wir die Widerstandskraft unserer
73 Systeme verbessern. Das gilt zum einen für die Gesundheitsversorgung, die in
74 Stadt und Land gleichermaßen funktionieren muss und wo in nationale Notfall-
75 Kapazitäten von entscheidenden Schutzgütern investiert werden muss. Wir brauchen
76 einen Paradigmenwechsel hin zu einem Gesundheitssystem, das die Gesundheit jedes
77 einzelnen Menschen zur Maßgabe hat. In allen Fragen des Schutzes vor Infektion,
78 der Gesundheitsvorsorge und -versorgung, legen wir eine besondere Beachtung auf
79 die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Zum Zweiten brauchen die bayerischen
80 Kommunen einen umfassenden Rettungsschirm, um ihre Aufgaben der öffentlichen
81 Daseinsvorsorge uneingeschränkt erfüllen zu können und Vorsorge durch eine
82 funktionierende Infrastruktur zu leisten. Zum Dritten müssen Vorsorge und
83 Krisenfestigkeit auch leitende Prinzipien der Wirtschaftspolitik werden. Deshalb
84 wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Und deshalb muss die
85 Forschung und Produktion systemrelevanter Güter wie von Medikamenten und
86 Gesundheitstechnik verstärkt in Bayern, Deutschland und Europa stattfinden. Die
87 europäische Solidarität als unser politischer, gesellschaftlicher und
88 wirtschaftlicher Stabilitätsanker hat in der Corona-Krise unter Egoismen
89 gelitten. Es ist auch Aufgabe Bayerns, den Weg aus der Krise mit einem neuen
90 pro-europäischen Aufbruch zu verbinden.

91 Bildung und Qualifizierung sind zentrale Ansatzpunkte, um gesellschaftliche
92 Teilhabe zu ermöglichen und die Grundlagen für einen nachhaltigen Weg unserer
93 Gesellschaft in die Zukunft. Doch die Corona-Krise hinterlässt in der
94 Bildungsbiografie unserer Kinder einen Bruch. Gerade für Kinder aus finanziell
95 benachteiligten Familien haben sich bestehende Bildungsnachteile durch
96 Homeschooling massiv verstärkt. Was immer gilt, muss deshalb in der Krise
97 besonders gelten: In unserem Bildungssystem steht das Kind und seine
98 individuelle Förderung im Mittelpunkt. Bildungsgerechtigkeit bedeutet ungleiche
99 Ausgangsbedingungen aktiv zu kompensieren, damit die soziale oder ethnische
100 Herkunft nicht länger über Bildungs- und Lebenschancen entscheidet. Bayern steht
101 in der Verantwortung, staatliche pädagogische und Betreuungsangebote zu
102 schaffen, um Versäumtes aufholen, mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen und
103 Familien in der Krise zu entlasten, auch durch einen verstärkten Einsatz von
104 Schulsozialarbeit. Alle Kinder müssen einen Zugang zu digitalen Endgeräten und
105 öffentlichen Lernorten erhalten. Unsere Schulen brauchen für das digitale Lernen
106 multiprofessionelle Teams und mehr personelle Unterstützung, z.B. mit einer
107 zweiten Lehrkraft an Grundschulen. Und es geht darum, unser Bildungssystem so
108 auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt, nachhaltig und aufgeklärt handeln
109 können. Dazu brauchen sie mehr Handlungswissen, mehr Demokratie- und
110 Medienkompetenz. Die Zukunft unseres Bildungssystems liegt in einem
111 Paradigmenwechsel: Weniger Fokussierung auf reproduzierbares, prüfbares
112 Fachwissen und mehr Unterstützung von Persönlichkeitsentwicklung,
113 Problemlösungskompetenz und Befähigung zu sozialem Handeln.

114 **Ja zu nachhaltiger Wirtschaft**

115 Klimaüberhitzung, Artensterben und Corona-Pandemie sind Ausdruck einer
116 abnehmenden Widerstandskraft unseres ökologischen und wirtschaftlichen Systems.
117 Deshalb war es zwar richtig, dass darauf angewiesene Unternehmen in der ersten
118 Phase der Krise und Rezession schnell und unbürokratisch Hilfe bekamen. Jetzt
119 aber muss die Wirtschaft in eine zukunftsfeste nachhaltige Richtung gelenkt
120 werden, klimafreundlich, ressourcensparend und widerstandsfähig sowie sozial
121 gerecht.

122 Die Chancen für einen Green New Deal für Bayern sind enorm: Erstens gibt es nach
123 Corona bei immer mehr Menschen eine höhere Sensibilität für ökologische Fragen
124 oder Suffizienz. Zweitens wächst die Bereitschaft auf wissenschaftliche
125 Erkenntnisse zu hören. Drittens treffen Milliarden Euro zur Krisenbekämpfung auf
126 die Notwendigkeit zum Strukturwandel. Und viertens liegen in einer
127 klimaneutralen Energieversorgung, der Modernisierung von Gebäuden und Verkehr
128 und einer umweltfreundlichen Erholung der Volkswirtschaft enorme wirtschaftliche
129 Chancen für die Zukunft Bayerns als Industrie- und Wirtschaftsstandort.
130 Nachhaltiges Wirtschaften muss raus aus der Nischenexistenz und zum Standard
131 werden, damit der Standort Bayern zukunftsfähig wird.

132 Wir wollen die Spur legen für nachhaltiges Wirtschaften und die nächsten zehn
133 Jahre zum Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen machen. Dabei werden das 1,5 Grad-
134 Ziel und die Biodiversitätsziele Richtschnur unseres Handelns bleiben. Gerade
135 weil Maßnahmen gegen Artensterben oder Klimaerhitzung langsam wirken, müssen wir
136 jetzt auf allen politischen Ebenen mit dem Umsteuern beginnen. Deshalb muss
137 jetzt das Konjunkturprogramm des Bundes mit konkreten klima- und
138 umweltfreundlichen Maßnahmen für die Wirtschaft in Bayern ergänzt werden.

139 Überall dort, wo Bayern selbst investiert oder öffentliche Gelder vergibt, muss
140 die Vergabe an klare soziale und ökologische Kriterien gekoppelt sein. So müssen
141 die Investitionen zur Bewältigung der Corona-Pandemie in die Umgestaltung der
142 Ökonomie zu Klimaneutralität und zur Schonung der natürlichen Ressourcen gelenkt
143 werden. Das gilt für die Verringerung des exorbitanten Flächenfraßes in Bayern
144 durch verbindliche Vorgaben, wie auch für die Stärkung des öffentlichen
145 Nahverkehrs, des Fahrradverkehrs und des Gütertransports auf der Schiene. Bayern
146 muss die Gebäudesanierung mit einem Bayerischen Wärmewendegesetz ebenso
147 anschieben wie die Dekarbonisierung der Industrie, auch unter Nutzung der
148 Chancen einer zunehmenden Digitalisierung - politisch gestaltet und mit
149 Datensouveränität und zeitgemäßem Arbeitsrecht in Einklang gebracht. Dazu muss
150 sich Bayern beim Zugang zum schnellen und sicheren Breitband-Internet sowie für
151 eine flächendeckende, schnelle Mobilfunk-Versorgung deutlich stärker engagieren.
152 Schnelles Internet in jedes Haus ist Teil der wirtschaftlichen und
153 gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Wir streiten für eine klima-, umwelt- und
154 tierschutzgerechte Land- und Forstwirtschaft und werden den massiven Ausbau der
155 erneuerbaren Energien in Bayern vorantreiben. Der Ausbau der Windenergie darf
156 nicht länger ausgebremst werden. Die bayerischen Unternehmer*innen und
157 Arbeitsnehmersvertreter*innen warten auf klare Signale der Politik, auf

158 verlässliches staatliches Handeln, auf ökologische Leitplanken und
159 zielgerichtete Fördermaßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Für Planungs-
160 und Investitionssicherheit ist ein verlässlicher politischer Ordnungsrahmen
161 nötig. Den wollen wir schaffen.

162 **Ja zu demokratischer Teilhabe**

163 In der Corona-Krise wird tief in viele Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen.
164 Unsere Grundrechte dürfen auch in Krisenzeiten nicht ausgehöhlt werden. Als
165 Bürgerrechtspartei werden wir nicht nachlassen, diese jeden Tag aufs Neue zu
166 verteidigen. Deshalb hinterfragen wir alle Einschränkungen ständig auf ihre
167 Verhältnismäßigkeit und fordern eine Corona-Kommission zur Begleitung und
168 Aufarbeitung der Krisenmaßnahmen der bayerischen Staatsregierung. Und wir sind
169 ganz klar: Der Bayerische Landtag und nicht Söders Kabinett ist der
170 verfassungsmäßige Ort der politischen Debatten und Entscheidungen.

171 Teilhabe durch Transparenz und Dialog bedeutet, auch auf mögliche Bedenken und
172 Kritik einzugehen. Unsere weltoffene Demokratie muss unterschiedliche Meinungen
173 aushalten. Wo aber versucht wird, mit rechtsextremen, demokratie- oder
174 wissenschaftsfeindlichen Mythen oder Ideologien gesellschaftliche Verunsicherung
175 zu schüren, ziehen wir eine klare Grenze gegen alle Feind*innen der Demokratie.
176 Wir nehmen das Bekenntnis zu Vielfalt und Weltoffenheit unseres Landes ernst und
177 verteidigen unsere Demokratie. Bayern braucht einen umfassenden
178 Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene
179 Menschenfeindlichkeit, wie er in anderen Bundesländern bereits verwirklicht
180 wurde. Bayern muss sich umgehend auf den Weg machen, ein umfassendes
181 Antidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Dem verbalen Bekenntnis der anderen
182 demokratischen Parteien gegen Rassismus müssen jetzt endlich konkrete Schritte
183 folgen. Dazu gehört auch, dass der Begriff der Rasse aus der Bayerischen
184 Verfassung verschwinden muss. Es gibt nur Menschen, keine Rassen.

185 Die Corona-Pandemie zeigt deutlich auf, dass wir alle im selben Boot sitzen. Und
186 wir wissen: Um Gesundheit und Überleben der Menschheit zu sichern, gilt das
187 Primat der Politik. Voraussetzung für die jetzt notwendige sozial-ökologische
188 Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist, dass alle
189 gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure dafür Verantwortung übernehmen.
190 Deshalb sollen auch alle gleichermaßen partizipativ über den Kurs für ihre
191 Zukunft mitbestimmen können. Das ist bis heute nicht der Fall. Besonders Frauen,
192 junge Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung und
193 solche, die von Armut bedroht sind, werden in unserer Gesellschaft benachteiligt
194 oder sind von gleicher demokratischer Teilhabe ausgeschlossen. Wir brauchen
195 deshalb einen neuen Gesellschaftsvertrag, der die Demokratisierung aller
196 Lebensbereiche vorantreibt. Wir wollen das Wahlalter für alle Wahlen auf 16
197 absenken, die Wahlberechtigung auch von Nicht-EU-Bürger*innen bei
198 Kommunalwahlen, Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. durch Bürger*innenräte) ausbauen
199

200 und wir gehen auch als Partei voran, damit sich unsere bunte Gesellschaft in
unseren Parlamenten abbildet.

201 Demokratie lebt von transparent aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern.
202 Regierungen und Parteien müssen besser darlegen, wie sie handeln und auf welcher
203 Basis sie Entscheidungen treffen. Das zeigt sich exemplarisch bei der
204 gesellschaftlichen Akzeptanz der pandemiebedingten Einschränkungen. Sie können
205 nicht alleine mit Zwang durchgesetzt werden, sondern müssen auch auf der
206 Zustimmung der Menschen basieren. Während der Corona-Pandemie werden
207 Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung zum Gegenstand öffentlichen
208 Interesses und zur Voraussetzung politischer Entscheidungen. Das soll auch für
209 Klima und Artenschwund gelten. Wir verteidigen den aufgeklärten Diskurs über
210 naturwissenschaftliche Erkenntnisse als eine Voraussetzung für die Legitimation
211 politischen Handelns. Wir fordern eine landesweite Strategie zur Stärkung der
212 Wissenschaftskommunikation auch in eine breite Öffentlichkeit hinein und sind
213 solidarisch mit Wissenschaftler*innen, die angegriffen werden. Zudem brauchen
214 wir gerade jetzt eine finanzielle Unterstützung der Verlage,
215 Medienanbieter*innen und freien Journalist*innen zur Absicherung der
216 Medienvielfalt und eine massive Aufstockung der finanziellen Mittel zur
217 Förderung der politischen Bildung.

218 **Auf in eine gute Zukunft**

219 Mit der Corona-Pandemie endet eine Epoche des allzu sorglosen Umgangs mit
220 unseren Lebensgrundlagen und den sozialen Widersprüchen. Es muss jetzt neu
221 verhandelt werden, was den Wohlstand der Menschen morgen und übermorgen sichert.
222 Und es gilt jetzt, die dafür notwendigen politischen Schritte schnell und
223 kraftvoll einzuleiten. Aber nicht mit den Rezepten von gestern, sondern mit den
224 Erkenntnissen, was jetzt zu tun ist. Wir haben es in der Hand.

Unterstützer*innen

Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Barbara Poneleit (KV Forchheim)